



Foto: Peter Münzel

Wenn gut gemeint das Gegenteil von gut gemacht ist

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

wenn jemand gute Absichten hat, sich aber nicht genügend über die Folgen möglicher Maßnahmen informiert oder die drohenden Gefahren unterschätzt oder ignoriert, dann kann der gut gemeinte Plan bekanntlich nach hinten losgehen, sprich mehr Schaden als Nutzen anrichten. Das wusste ich bereits mit knapp drei Jahren, nachdem ich in edler Absicht versucht hatte, dekorativ und großflächig verstreutes Kakao-pulver mit einem nassen Lappen aus dem Teppich zu reiben. Der glimpfliche Ausgang bestand in einer spontanen, ungewöhnlich lautstarken Stellungnahme meiner Eltern. Eine weitaus schlimmere und sehr schmerzhafteste Lektion erhielt schon so mancher, der in guter Absicht versuchte, in Brand geratenes Fett in einer Pfanne mit Wasser zu löschen.

Heutzutage in Mode ist der gut gemeinte Versuch, auch in ungeeigneten Branchen sehr niedrige Löhne durch die Einführung eines Mindestlohns zu verbessern. Das hat für die verantwortlichen Politiker oft kaum negative Folgen, außer sich ein Bisschen unbeliebt zu machen – Lerneffekt fraglich. Kommt jetzt doch noch Bewegung in die Diskussion um Andrea Nahles' Lieblingsidee? Die Bundesarbeitsministerin muss sich neuerdings gegen Forderungen aus der Union nach mehr Ausnahmen vom Mindestlohn verteidigen. Sie argumentiert, wenn man eine Branche ausnehme, komme ganz bestimmt die nächste mit dem gleichen Wunsch an. Das ist gut vorstellbar, denn für die Betroffenen können die Folgen des Mindestlohns verheerend sein, wie Ertan Ucar am Beispiel eines unserer Nachbarländer aufzeigt. Er setzt sich mit seinen Kollegen bei Staatssekretär Gaebler für sinnvollere Problemlösungen ein. Er will das Gewerbe zudem wieder mit einer einzigen Stimme sprechen lassen – wie auf der kürzlichen Demo, von der Wilfried Hochfeld berichtet.

À propos: Leider ist auch die Pressearbeit zu unserem Anliegen zum Teil nach hinten losgegangen. Die Medien berichteten ausgiebig über unseren Protest, viele sprachen allerdings von der „preisgünstigen Konkurrenz aus dem Internet“, statt auf deren illegale Methoden hinzuweisen. Prompt hatten die unseriösen Vermittler enormen Zulauf. Die Medien müssen offenbar deutlicher informiert werden, dass wir hier nicht über marktbelebende Konkurrenz murren, sondern dass unsere Existenzen durch geschäftsschädigende Heuschrecken bedroht sind.

Ein weiteres Beispiel für den Sachverhalt „gut gemeint, aber...“ hat Andreas Just für uns in Form eines neu ausgegrabenen und wie immer unterhaltsam dargelegten Falles, der zeigt, dass geschwätzige Gegner vor Gericht etwas sehr Schönes sein können. Dass Schweigen Gold sein kann, wenn das silberne Reden sich vor Gericht als Bumerang aus Blech entpuppt, zeigt sich auch in Justs Tipp des Monats, in dem er davor warnt, Irr-

tum und Irrtum irrtümlich gleichzusetzen. Dass auch das Verwechseln von Taxihalte und Parklücke ein teurer Irrtum sein kann, erläutert Justs Kollege Umut Schleyer.

Das Gewerbe nicht nur mit einer einzigen, starken Stimme sprechen zu lassen, sondern gemeinsam gegen aggressive, unfair agierende Feinde des Taxigewerbes zu kämpfen, sieht auch Richard Leipold als einzig erfolgversprechenden Weg an, wenn die Bedrohung ein Ausmaß wie derzeit annimmt. Wenn ein Weltkonzern, der nach eigenen Angaben mit 17 Milliarden Dollar bewertet wird, keinen Hehl daraus macht, dass er das Taxigewerbe vernichten möchte, und dass ihm die Existenzen tausender Unternehmer völlig gleichgültig sind, dann sind wir alle aufgerufen, den Kampf, den Richard Leipold sehr mutig aufgenommen hat, mitzukämpfen. Auch Taxi Berlin und die Verbände sind zu Alliierten geworden. „Getrennt marschieren, vereint schlagen“, mahnt Leipold. Dass das alles nach Krieg klingt, hat seine Gründe und ist leider nicht übertrieben: Der Feind hat tatsächlich das Ziel, unser Gewerbe zu vernichten, und er missachtet dabei die Gesetze, denn er kann sich die allerteuersten Anwälte leisten. Er spricht fröhlich grinsend vom „Arschloch Taxigewerbe“.

Gesetze missachten auch schwarz(arbeitend)e Schafe in unseren Reihen. Zu ihrem Glück gibt es den Juristen Klaus Wowereit und seine Senatskollegen, die über diese bekannte Fehlentwicklung hinwegsehen. Neuerdings kursiert ein Foto im Netz, auf dem Wowereit mit einer Frisbeescheibe mit Überschriftzug in die Kamera lächelt. Man kann natürlich – Stichwort Unschuldsumutung – bemerken, dass er eine Brille aufhat, die anscheinend keine Gläser enthält, sondern mit buntem Reklameaufdruck „I ♥ Uber“ die Sicht behindert. Ob er die schon länger trägt? Wenn der Fotograf rechts im Bild, der Wowereit die Zunge herauszustrecken scheint, wüsste, wie Recht er hat. An Wowereits Sehfähigkeit in Bezug auf politische Fehlentwicklungen in Berlin scheint die Brille jedenfalls nichts zu ändern.

Ansonsten: TaxiDeutschland und die „Innung“ laden erneut zu ihrem erfolgreichen Fahrsicherheitstraining ein. Für Touristen ist derzeit Hochsaison, weshalb wir Ihnen in unserer Sehenswürdigkeitenserie diesmal Tipps mitgeben, für die Sie nicht weit nach draußen fahren müssen.

Ein Name, den Sie hier künftig nicht mehr finden, ist der unserer jungen Kollegin Julia Spitzkat, die im Auftrag von Taxi Berlin schrieb. Zum Bedauern der Redaktion hat sie ihre PR-Tätigkeit vom Taxigewerbe in einen anderen Bereich verlegt. Viel Erfolg, Julia!

Dass die Fußballfans Ihr Auto ganz lassen, wünscht Ihnen

Ihr Axel Rühle